

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 61,
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge etc. sind
zunächst an den betr. Bezirksvorstehenden einzuwenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei
12 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von
Joh. van Nieu in Krefeld, Duff. Kirchstraße 66.
12332223 Fernsprech-Nr. 1358. REDAKTION

Nr. 13. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 28. März 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Zur Arbeitskammervorlage.

Die Arbeiterausschüsse als Wahlkörper.

Es hat auf den ersten Blick etwas Verlockendes an sich, die Arbeiterausschüsse als Wahlkörper der Arbeitskammern bestimmen zu sehen. Dieses um so mehr, als dadurch eine obligatorische Einführung derselben notwendig würde und die Regierung, wie aus der in unserer letzten Nummer gebrachten Rede des Staatsministers hervorzulehnen ist, dieser jedenfalls zustimmen würde. Eine oft erhobene Forderung der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Arbeitervereine würde damit ihre Verwirklichung finden.

Ueber die Bedeutung der Arbeiterausschüsse als Interessenvertretung der Arbeiter und Förderer eines gesetzmäßigen Verhältnisses zwischen Prinzipal und Arbeiter braucht jetzt nicht gesagt zu werden. In den Gewerkschaftszeitungen wie auch in den Gewerkschaftsversammlungen ist diese Frage oft genug behandelt worden, so daß in christlichen Arbeiterkreisen verschiedene Meinungen hierüber wohl nicht bestehen. Bereits auf dem Wiener Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands haben letztere die Frage der Einführung von Arbeiterausschüssen beprochen und in einer Resolution die gesetzliche Einführung, genaue Beschreibung der Aufgaben der Ausschüsse und Schutz ihrer Mitglieder vor Maßregelung verlangt. Wenn nun die Regierung in der Arbeitskammervorlage die Ausschüsse als Wahlkörper bestimmt, um das Vertrauen der Arbeitgeber zu diesen Institutionen zu vertiefen und um ihre Einführung allgemeiner zu machen, evtl. einer gesetzlichen Einführung nicht ihre Zustimmung versagt, so könnte man geneigt sein, diesem Regierungsvorschlag zu unterstützen. Die Meinung wäre besonders groß bei dem mit dem praktischen Fabrikleben weniger Vertrauten.

Unzweifelhaft liegt ein großer sozialer Fortschritt in dem vorgeschlagenen Wahlmodus insofern, als dadurch die Arbeiterausschüsse mehr zur Geltung kommen würden; dieser Vorzug ist um so größer, als eine gesetzliche Einführung der Ausschüsse dadurch notwendig und auch jedenfalls durchgeführt würde. Aber der Vorzug wäre nur auf Kosten der Kammer zu erlangen. Inwiefern würde die Gegenseitigkeit der Arbeitgeber zu den Kammern bedeutend größer, wenn diese auch noch Ursache wären zur gesetzlichen Einführung der Arbeiterausschüsse, gegen die sich die Arbeitgeber durchaus ablehnend verhalten. Sie wollen auf alle Fälle an dem absoluten Fabrikssystem festhalten. Die natürliche Folge wäre, daß die Arbeitgeber mit allen Mitteln für „gesinnungsbüchtige“ Vertreter in den Ausschüssen und in den Kammern sorgen würden. Letztere wären dann ein geeignetes Werkzeug in den Händen der Unternehmer. Wenn man bedenkt, einen wie großen Einfluß die Arbeitgeber vornehmlich in den Großbetrieben auf die Arbeiter ausüben, dann kann man sich ein Bild davon machen, wie die Vertreter in den Arbeitskammern aussehen würden. Welche Bezirke bekämen keine anderen als „gelbe“ Kammern. Von so großer sozialer Bedeutung die Ausschüsse auch sein mögen, sie als Träger der Arbeitskammern zu bestellen, halten wir darum für völlig verfehlt. Das trifft ganz besonders zu für „frühdiebstahlende“ Ausschüsse, die ganz unter dem Druck der Arbeitgeber stehen und Erfahrungen noch gar keine gesammelt haben. Daß diese nun gleich für längere Jahre die Interessen der Arbeiter in den Kammern vertreten sollen, könnte der Tätigkeit der letzteren nur zum Schaden sein.

Und wenn auch den Arbeitern in der Wahl der Ausschüsse völlig freie Hand gelassen würde, so kann ihre Fähigkeit als Vertreter in den Arbeitskammern mit voller Berechtigung angezweifelt werden. Die Tätigkeit in den Kammern erfordert ein großes Maß von Wissen und Weisheit. Wer darin wirklich gut arbeiten will, muß nicht nur die Verhältnisse seines Betriebes oder seines engeren Bezirkes kennen, sondern er muß über den Rahmen des Betriebes hinaus die Gesamtlage beurteilen und besonders die Verhältnisse in dem gesamten Gewerbe, dem er angehört, beurteilen können. Das erfordert Kenntnisse, die im allgemeinen bei den Arbeiterausschüssen nicht voraus gesetzt werden dürfen. Dabei kann ein Arbeiter als Ausschussmitglied wohl tätig sein. Als solcher ist sein Tätigkeitsgebiet bedeutend einfacher. Hier hat er wesentlich die Wünsche seiner Mitarbeiter zu übermitteln, mehr Aufgaben zu lösen, die in dem engen Rahmen des Betriebes liegen, er ist lediglich ein Vermittler zwischen seinem Arbeitgeber und seinen Mitarbeitern. Das Tätigkeitsfeld ist leicht übersehbar. Ganz anders aber bei den Arbeitskammern. Da muß eine Tätigkeit entfaltet werden, die der Gesamtarbeiterkraft und der Industrie zum Nutzen sein soll. Das ist nur einem gut durchgebildeten Arbeiter möglich. Man hat im Auslande die Erfahrung gemacht, daß die Tätigkeit der Kammern vielfach durch die Unmöglichkeit der Arbeitervertreter eingegrenzt wurde. Damit soll nicht gesagt sein, daß dem Arbeiter überhaupt die Tätigkeit abgeht zu dem Amt eines Vertreters in den Kammern, sondern nur, daß unter den Arbeiterausschüssen fähige Leute nicht immer zu finden sind. Dort, wo die Arbeiterbewegung die Kandidaten stellt, sind die Arbeiterausschüsse wohl mehr mit tüchtigen Leuten besetzt, aber in weiten Bezirken unersch-

Waterlandes ist in vielen Betrieben der Einfluß der Arbeiterorganisation noch nicht genügend, um einen größeren Einfluß ausüben zu können. Ein Festhalten an dem Wahlmodus der Regierungsvorlage wäre ferner praktisch eine

Ausschließung der Arbeiterinnen

vom passiven und aktiven Wahlrecht. Bisher sind Arbeiterinnen nur ganz vereinzelt in den Ausschüssen vertreten, und ob eine obligatorische Einführung derselben eine genügende, fähige Vertretung der Arbeiterinnen bringen würde, kann kaum angenommen werden. Die Frauennäher ist aber heute so umfangreich, daß eine Ausschließung der Arbeiterinnen nicht allein ungerecht, sondern auch im Interesse der Arbeiterinnenfrage sehr bedauerlich wäre. Der Regierungsvorschlag zieht die Arbeiterinnen mit heran, das vorgeschlagene Wahlverfahren schließt die Anerkennung jedoch in der Praxis aus.

Nach alledem halten wir daran fest: die Ausschüsse sind als Wahlkörper der Arbeitskammern nicht geeignet. Das allgemeine, geheime und direkte Wahlsystem unter Berücksichtigung der Minderheit durch die Verhältniswahl ist u. E. allein geeignet, tüchtige Vertreter zu bekommen, die das Vertrauen der Arbeiter besitzen. Damit wäre auch den Arbeiterinnen die Möglichkeit der Wahlbetätigung gegeben. Mit diesem Wahlsystem kann auch der Einfluß der Arbeiterorganisation geltend gemacht werden. Die allgemeinen, geheimen Wahlen werden auch den Wünschen des Staatsministers begegnen, die er in folgenden Worten ausdrückt:

„Worauf es mir bei der Bildung von Arbeitskammern ankommt, wird das sein, daß wir von Seiten der Arbeiter diejenigen Vertreter hineinbekommen, die von dem Vertrauen ihrer Mandanten getragen sind, und daß sie diejenige Intelligenz, diejenige Energie, diejenige Ueberzeugungstreue mitbringen, die notwendig ist, um die Geschäfte zu fördern. Man hat mir den Vorwurf gemacht: die Wahlen und die ganze Konstruktion sei so eingerichtet, als wolle ich den Arbeitskammern solche Vertreter der Arbeiter zuführen, die zu allem Ja und Amen sagen. Ich leugne nicht, meine Herren! Wenn solche Vertreter gewählt würden, die von vornherein zu allem Ja und Amen sagen, dann wird aus der ganzen Einrichtung nichts Brauchbares; sondern wir müssen Männer und Frauen haben — sowohl von Seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer — welche überzeugungstreu sind, welche nicht zu allem Ja und Amen sagen, auch nicht solche, welche von vornherein mit der Absicht hinfommen, zu allem Nein zu sagen.“

Die gesetzliche Einführung der Arbeiterausschüsse muß unabhängig von den Arbeitskammern geschehen.

Aber die Reform der Arbeiterversicherung.

Unter besonderer Berücksichtigung des Krankenversicherungsgesetzes.

Für eine Aufhebung der Fabriklassen sprechen folgende Gründe:

1. Die Beschneidung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter bei der Verwaltung der Kasse durch den Unternehmer, der meist die Kasse als „seine Kasse“ ansieht und jeden Arbeiter, der eine eigene, von derjenigen des Arbeitgebers verschiedene Meinung hat über sich zu viel um die Einzelheiten der Kassenverwaltung betümmert, aus dem Betriebe zu entfernen weiß.

2. Das für die Versicherten meist ungünstige und für die Ärzte vielfach unüberdige Verhältnis zwischen den Betriebsunternehmern und den Krankenkassen; häufig sind die Ärzte mit der Betriebskasse verzwängert oder befreundet, mehr aber noch von derselben durch die Betriebskrankenkassen wirtschaftlich abhängig, was bei einer weniger human denkenden Betriebsleitung nach den verschiedensten Richtungen zu Ungunsten der Versicherten abzusperren geeignet ist.

3. Die Beschränkung in der Bewertung der Arbeitskraft, da in den größeren Betrieben vornehmlich zum Schutze der Krankenkasse vor Annahme zur Arbeit eine ärztliche Untersuchung stattfindet, die zur Zurückweisung des Arbeitsuchenden führt, wenn er mit einem Gebrechen behaftet oder zu Erkrankungen disponiert ist. Diese Maßregel ist speziell bei schlechter Konjunktur von einschneidender Wirkung.

4. Die Schlechterstellung der Ortskrankenkassen durch die Betriebskrankenkassen, weil diese die schlechteren Risiken nicht einstellen oder entlassen und damit der Ortskrankenkasse zutreiben.

Wenn die Notwendigkeit der Zentralisation anerkannt wird, so läßt sich die Aufrechterhaltung der Betriebskrankenkassen auch, wie dies von verschiedenen Seiten geschieht, nicht aus politischen Gründen rechtfertigen, weil das Ziel: eine unklare Ausnutzung der Krankenkasse durch sozialdemokratische Verwaltungsgremien zu verhindern, viel einfacher durch obligatorische Einführung der Verhältniswahl erreicht werden kann. Dann werden (von verschwindenden Ausnahmen abgesehen) die Arbeitgebervertreter in Verbindung mit den nichtsozialdemokratischen Arbeitervertretern stark genug sein, um Ausschreitungen unmöglich zu machen.

Mit der Zentralisation hat Hand in Hand zu geben eine Erweiterung des Rahmens der Mindestleistungen der Kasse. Erhöhung des Krankengeldes auf etwa 60% des wöchentlichen Arbeitslohnes, erweiterte Krankengeld- und Familienunter-

stützung, sind Forderungen, die ohne wesentliche Erhöhung der Beiträge erfüllt werden können und über deren Berechtigung auch billigerweise nicht gestritten werden kann.

Wird die Zentralisation durchgeführt, so ist es selbst in ländlichen Gegenden möglich, zur Verwaltung der Kasse gut vorgebildete, gesetzkundige Beamten heranzuziehen, wodurch allein schon ein großer Teil der heute anzutreffenden Mängel usw. beseitigt sein dürfte.

Endlich ist die Zentralisation notwendig, um ein einheitliches örtliches Organ zur Erledigung der vorbereitenden Geschäfte auf dem Gebiete der Unfall- und Invalidenversicherung zu erhalten. Die Zentralisationskasse würde z. B. alle Anwärter für die Invalidenrente kennen und maßgebend begutachten können, es würde ihr möglich sein, die für ein besonderes Heilverfahren geeigneten Fälle auszufordern usw. Die Verwaltungsbehörden würden durch eine solche Zentralisation der örtlichen Versicherungsgeschäfte entlastet werden, zum Nutzen der Versicherten und der Versicherungsträger, weil die Geschäfte von den ausreichend vorgehaltenen, mit dem Wesen der Sozialgesetzgebung vertrauten Beamten der Krankenkasse, die auch meist die Versicherten und ihre Verhältnisse kennen, besser besorgt werden können, wie von Polizei- und Verwaltungsorganen, welche die Versicherungsangelegenheiten nur nebenher bearbeiten und häufig nicht in Wesen und Zweck der Gesetzgebung eindringen, zum oft unersehbar Schaden der Beteiligten.

Die Versicherten hätten außerdem damit eine Auskunfts- und Vermittlungsstelle in allen Versicherungsangelegenheiten, wie sie besser überhaupt nicht gedacht werden kann.

Weiterhin ist eine Ausdehnung des Versicherungszwanges auf Diensthöfen, Arbeiter und Angestellte in Privatdiensten, ländliche Arbeiter und Hausindustrielle notwendig. Diese Personenzweige leben in denselben wirtschaftlichen Verhältnissen wie die gewerblichen Arbeiter und geraten ziemlich ausnahmslos in Not, wenn eine ernstere Erkrankung eintritt; speziell auch für die Diensthöfen ist die Zwangs-Krankenversicherung nicht zu umgehen, weil die patriarchalischen Verhältnisse meist geschwunden sind und die Verpflichtungen aus § 617 B. G. B. vom Dienstherrn deshalb häufig nicht oder nur widerwillig und in unzureichender Weise erfüllt werden.

Unbedingt notwendig ist eine grundsätzliche Reform des Streitverfahrens über Unterstützungsansprüche usw., weil dessen gegenwärtige Gestaltung (Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde und Klage beim Amts- und Landgerichte bzw. im Verwaltungsstreitverfahren) nicht dem Geiste des Sozialrechtes entspricht; es fehlen die Hauptforderungen: Schnelligkeit, Billigkeit und Volkstümlichkeit. Bei einer Zentralisation der Krankenversicherung wird es nicht schwierig sein, eine Schlichtungskommission anzugliedern, welche alle Streitfälle zu unteruchen und nach mündlicher Verhandlung binnen kürzester Frist zu entscheiden hat. Gegen die Entscheidung der Kommission wäre Berufung an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zugelassen, welches dadurch auch nicht wesentlich an Bedeutung und innerem Gehalt gewinnen würde. Als letztes Rechtsmittel muß Revision zum Reichsversicherungsamt gegeben werden, damit die Rechtsprechung eine sichere und einheitliche bleibt.

In Unternehmerkreisen und auch bei der Regierung besteht das Verlangen, eventuell als Gegenleistung für den Arbeitern günstige Reformen, das jetzige Verwaltungsrecht der Krankenkassen dahin abzuändern, daß an Stelle der bisherigen Verwaltungsteilung: $\frac{1}{2}$ Arbeiter und $\frac{1}{2}$ Arbeitgeber, eine Hälfte dem Staat und ein anderer Hälfte dem Arbeitgeber angefallen wird. Allerdings sollen damit die Arbeitgeber nicht nur $\frac{1}{2}$, sondern die Hälfte der Beiträge tragen, was für die Arbeiterschaft eine jährliche Entlastung von ca. 40 Millionen Mark bedeuten würde. Bei der Arbeiterschaft scheint aber wenig Neigung vorhanden zu sein, auf derartige Pläne einzugehen. Man muß diesen Standpunkt als gerechtfertigt anerkennen, weil so ziemlich alle Versicherten die Leistungen der Kasse in Anspruch nehmen müssen und doch jeder gern in eigenen Angelegenheiten entweder selbst oder durch Leute seines Vertrauens das entscheidende Wort spricht. Zudem hat die heutige Organisation in 25-jähriger Praxis im allgemeinen sich bewährt, so daß man schon aus Billigkeitsgründen fordern darf, an den geschichtlich gewordenen Rechtsverhältnissen nicht zu rütteln.

Es wird schon mal davon gesprochen, auch auf dem Gebiete der Unfallversicherung eine paritätische Verwaltung einzurichten, wofür die Versicherten sich auch an den Unfallkosten beteiligen müßten. Derartigen Projekten gegenüber müssen wir uns unbedingt ablehnend verhalten, denn die Arbeiterschaft hat absolut keine Veranlassung, die längst zu eisernen Betriebskassen gewordenen Beiträge zu den Berufsgenossenschaften auf sich zu laden; es ließe sich auch der Gerechtigkeit zuwider, weil der Unternehmer und seine Angestellten durch die Unfallversicherung, welche doch immer nur einen Teil des Schadens vergütet, von der persönlichen Haftpflicht dem verunglückten Arbeiter und seinen Angehörigen gegenüber befreit werden, selbst wenn sie den Unfall durch die größtmögliche Fahrlässigkeit verschuldet haben.

Eine Beteiligung an der Verwaltung der Berufsgenossenschaften wird von den Versicherten auch gar nicht beanprucht. Dahingegen wäre es für die Regierung und die Berufsgenossenschaften einfach ein Gebot der politischen Klugheit, paritätische Entscheidungsgremien einzurichten, damit das überall bestehende Misstrauen gegen die Berufsgenossenschaften, die heute als einseitige Unternehmer-Einrichtungen angesehen werden, verschwindet. Irigendwelche Opfer, weder finanzielle, noch solche bezgl. des Verwaltungsrechtes auf dem Gebiete der Krankenversicherung, können für eine derartige Konzeption von der Arbeiterschaft nicht gefordert werden, weil diese in dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung bereits eine paritätisch zusammengesetzte Nachprüfungskommission besitzt und eine Abänderung des gegenwärtigen Zustandes im eigenen Interesse der Berufsgenossenschaften und der Regierung gelegen ist.

Diese Darlegungen wollen kein abgeschlossenes Reformprogramm sein, sondern nur Gedanken. Wenn mal eine Vorlage an den Reichstag kommt, dann muß endgültig Stellung genommen werden und eine auf Einzelheiten gehende Besprechung der Frage stattfinden. Bis diese Reform kommt, ist es Pflicht eines jeden Arbeitervertreters, im Rahmen der heutigen Gesetzgebung den in weitem Umfange möglichen Ausbau der Krankenversicherung zu betreiben.

Dazu gehört die Einführung der Zentralisation der verschiedenen Ortskrankenkassen in den einzelnen Gemeinden; wenigstens eine Verwaltungsgemeinschaft anzustreben. Dann ist auf weiteren Ausbau der Krankenkassenunterstützung hinzuwirken. Unbedingt wünschenswert ist auch, daß der Kassenvorstand Sprechstunden einrichtet, damit die Versicherten ihre Beschwerden und Wünsche unmittelbar vorbringen können. Ueberhaupt muß eine enge Fühlungnahme zwischen Verwaltung und Mitgliedern bestehen und besonders dadurch aufrecht erhalten werden, daß die gewählten Vertreter freiwillig in den Dienst der Krankenkassen treten, nicht als Spione, sondern als Freunde und Berater der Erkrankten, als deren Anwalt bei der Kassenverwaltung, wenn Klagen über mangelhafte ärztliche Behandlung vorzubringen sind, Hilfsmittel, wie Milch usw. geliefert werden müssen u. dergl. Dabei kann auch wirksam der Simulation entgegengetreten werden, ohne naheliegende Gefahr, daß wirklich kranken Versicherten das Schandmal, ein Simulant zu sein, aufgedrückt wird.

Die fetten und die mageren Jahre.

Wenn der Arbeiter bei eingetretener schlechter Geschäftslage doppelt schwer für den Unterhalt seiner Familie kämpfen muß oder gar das Schredenswort der Arbeitslosigkeit bei ihm Einzug hält, so weisen gewisse Leute gerne darauf hin, daß nach den sieben fetten Jahren auch die sieben mageren Jahre kämen und daß man daher während der guten Zeit Vorsorge treffen müsse.

Wir wollen nun gerne zugeben, daß die Ernte der guten Geschäftskonjunktur für eine Reihe von Aktionären so ausgefallen ist, daß sie über die Zeit des geschäftlichen Niederganges gut hinwegkommen. Aber die Arbeiter? Die Arbeiter haben auch während der Zeit des guten Geschäftsganges nichts auf die Kante legen können, weil ihr event. erzielter höherer Verdienst durch die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel wieder verschlungen wurde. Diese Tatsache bestätigt auch das amtliche „Reichsarbeitsblatt“ in seiner Nr. 2. In einem Aufsatz über „die Gewerbeausfuhr in den kleineren deutschen Bundesstaaten“ heißt es:

Infolge der im allgemeinen günstigen Lage der Industrie während des Jahres 1906 war Arbeitslosigkeit in reichem Maße vorhanden, an vielen Stellen wurde andauernd über Arbeitermangel geklagt, so daß in manchen Bezirken große Mengen ausländischer Arbeitskräfte herangezogen werden mußten. Infolgedessen war eine Steigerung der Arbeitslöhne zu bemerken, die teils freiwillig, teils durch lebhaften Lohnbewegungen herbeigeführt wurde.

Diese Lohnsteigerungen wurden aber fast allen Vertriehen zufolge durch die hohen Lebensmittel- und Wohnungspreise aufgehoben.

Einzelheiten und genaue Angaben über die Lebensmittelverteuerung gibt z. B. der Bericht des Bremser Ausschusses. Danach ergab ein Vergleich der im März 1905 für Bremen ermittelten Durchschnittspreise verschiedener Fleisch- und Wurstsorten mit dem im März 1906 festgestellten Preisen für je 1 kg. einen Aufschlag für

Rindfleisch	von 14 bis 22 Sfg.
Kalb- und Schweinefleisch	21 „ 32 „
Schweinefleisch	17 „ 40 „
Blockwurst	41 „
Leberwurst	26 „
Notwurst	20 „
gefärbte Mettwurst	23 „

Für die meisten übrigen Lebensmittel war im gleichen Zeitraum ebenfalls eine Preissteigerung zu verzeichnen, und zwar betrug der Mehrpreis für gebrannten Kaffee pro kg. 4 bis 15 Pf. Sago 4 „ Schmalz 7 „ Weizenmehl gew. 3 „ Butter 18 „ 30 „ Eier 8 „

Kartells, Kollegen G. Wellmann, Bonn, Brüdergasse 15 zu wenden. Im Anschluß an diese Konferenz findet im selben Lokale abends 6 1/2 Uhr eine öffentliche Arbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Stegerwald referieren wird.

Um zahlreiche Besichtigung der Konferenz bittet das Bonner Gewerkschaftskartell.

Die christlichen Gewerkschaften vor dem Reichstage. In einer Stellungnahme zu der christlichen Gewerkschaftsbewegung kommt heute keine soziale Vereinigung mehr vor; ein Beweis für die zunehmende Bedeutung unserer Bewegung. Die Vorurteile und falschen Meinungen schwinden und machen einer freudigen Zustimmung und klaren Erkenntnis Platz. Auch im Reichstage kam man in der vergangenen Woche auf die christlichen Gewerkschaften zu sprechen. Der nationalliberale Abg. Fuhrmann führte aus:

„Ich bedaure, daß man vielfach die christlichen Gewerkschaften mit den sozialdemokratischen auf eine Stufe stellt. Wir sehen in den christlichen Gewerkschaften durchaus berechtigte und zukunftsreiche Organisationen, nur müssen sie erst noch aus dem Zustande der Lummeljahre (11), in denen sie sich jetzt noch befinden, herauszukommen suchen. In den gelben Gewerkschaften sehen wir keine hoffnungsvollen Zukunftsteile.“

So erfreulich die Zustimmung von dieser Seite zu den christlichen und die Abgabe an die „gelben“ Gewerkschaften ist, umso mehr müssen die christlichen Gewerkschaften gegen die „Lummeljahre“ Bewahrung einlegen. Daß die christlichen Organisationen nicht gleich vollkommene Gebilde waren, wo jedes einzelne Mitglied immer ganz korrekt handelte, und daß auch heute hier und da von einzelnen Mitgliedern über die Stränge geschlagen wird, soll nicht bestritten werden. Aber das gibt doch keine Verächtlichkeit, von „Lummeljahre“ zu reden.

Eigenartig war auch die Kritik des Abg. Diefen von der Reichspartei an den christlichen Gewerkschaften. Herr Diefen meinte:

„Das Verhalten der christlichen Gewerkschaften läßt zu wünschen übrig. Wir haben das Aufblühen der christlichen Gewerkschaften begrüßt, aber es scheint, daß sie nicht immer in Stande sind, die richtige Grenze einzuhalten. Wenigstens ist mir eine Anzahl von Fällen bekannt geworden, in denen sie sich bei Gewinnung von Mitgliedern terroristische Ausschreitungen haben zuschulden kommen lassen. Es fällt mir schwer, dies öffentlich auszusprechen, aber ich bin gern bereit, dem Herrn Abg. Wiesbert mit Material zu dienen, und ich möchte ihn bitten, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß solche Dinge nicht wieder vorkommen. Nur dann werden die christlichen Gewerkschaften das sein, was sie sein sollen, ein festes Bollwerk gegen die Sozialdemokratie.“

Gegenüber den terroristischen Beschuldigungen verlangte Kollege Wiesbert mit Recht, Herr v. Diefen solle ihm oder dem Gewerkschaftskartell das diesbezügliche Material ausliefern, damit eine Prüfung stattfinden könne. Jedes unvorsichtige Mittel, das zur Gewinnung von Mitgliedern angewandt wird, muß selbstverständlich mit aller Entschiedenheit verurteilt werden.

Gegenüber dem Abg. Raumann, der den Ausspruch tat: „Es ist gleichgültig, wer die Heimarbeiter organisiert“, betonte der Abg. Schat:

„Ich möchte hier noch die Sozialdemokraten ausnehmen. Die Sozialdemokraten organisieren die Arbeiter nicht, um ihre Lage zu bessern, sondern um sie in den Dienst ihrer parteipolitischen Bestrebungen zu stellen.“

Hierüber die Arbeiter aufzuklären, ist eine der wichtigsten und dankbarsten Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Dank und Anerkennung den Männern, die mit Eifer und Hingebung an der Aufklärung der Arbeiter arbeiten, die in harter und aufopferungreicher Arbeit gegenüber dem Unstimm der Sozialdemokratie für Christentum und Vaterland eintraten.

Daß bei dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie draußen im Lande auch einmal ein scharfes Wort fällt, das hier vielleicht als unparlamentarisch gelten würde, das ist nicht zu verwundern. Aber man sollte bei der Beurteilung solcher Dinge nicht so weit gehen, wie es der Abg. Fuhrmann gestern getan hat. Man kann nicht verlangen, daß die Arbeiter draußen sich immer so gewandt ausdrücken, wie wir es hier im Saale gewohnt sind.

Sehr gestreut habe ich mich über die scharfe Abgabe, die der Abg. Fuhrmann, wie ich annehme, im Namen seiner Fraktion, an die sogenannten gelben Gewerkschaften gerichtet hat. Am besten werden die christlichen Gewerkschaften die Arbeiterinteressen zu fördern in der Lage sein, wenn sie sich parteipolitischen Bezweigungen, welcher Art sie auch sein mögen, durchaus fernhalten.“

Auf die Lebensfähigkeit der letzten Ermahnung brauchen wir gar nicht hinzuweisen. Programm, Geschichte und Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften bestätigen mehr als genug den Ausschluß von parteipolitischen Bezweigungen aus unserm Reich. So wird es auch in Zukunft gehalten, ja gehalten werden müssen, weil nur auf diesem Boden eine feste und einige christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung möglich ist und diese im Interesse der deutschen Arbeiterklasse liegt. Im übrigen ersehen unsere Mitglieder, daß wir seitens weiter Kreise beachtet werden. In dem Maße, wie wir uns weiter entwickeln, wird dies auch weiterhin der Fall sein. Das darum jedes Mitglied seine Schuldigkeit, helfe jedes unsere Reihen stärken.

Christliche Gewerkschaftsarbeit im Nordosten. In Bromberg fand am 15. März cr. die erste ostdeutsche Gewerkschafts-Konferenz statt. Aus den Provinzen Posen, West- und Ostpreußen war eine stattliche Anzahl von Delegierten erschienen. Die Verhandlungen in der Konferenz waren vertraulicher Natur. Aus ihnen ging hervor, daß der Nordosten zwar ein freies Gebiet für die gewerkschaftliche Arbeit bildet, daß aber überall ein solch frischer und zielbewußter Werbegeist bei den christlichen Gewerkschaftlern herrscht, daß man sich für die Zukunft der christlichen Gewerkschaften im Nordosten Deutschlands guten Erwartungen hingeben kann. Bei einem planmäßigen Zusammenarbeiten der christlichen Gewerkschaften werden sich auch in diesem Gebiet die Vorbedingungen der christlichen Gewerkschaften bilden. Am 17. März cr. fand in Stettin ein gemeinsames Gewerkschafts-Konferenz-Komitee eine öffentliche Volksversammlung.

Nachdem Gewerkschaftssekretär Schopohl die Erchienebenen kurz begrüßt und mitgeteilt hatte, daß der Kollege Franz Behrens-Essen infolge eines Krankheitsfalles in der Familie am Erscheinen verhindert sei, sprach zunächst Fräulein Behm, die Hauptvorsitzende des Gewerkschafts der Heimarbeiterinnen Deutschlands, über das Thema: „Welcher gewerkschaftlichen Richtung schließen sich die Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine an?“ Die Rednerin wies darauf hin, wie sich in allen anderen Ständen Interessenvertretungen gebildet hätten, deren Berechtigung von der Arbeiterschaft ohne weiteres anerkannt werde, und hält schon durch diese eine Tatsache den Beweis für erbracht, daß eine Fachvereinigung der Arbeiterschaft nicht minder eine innere Berechtigung zugeteilt werden müsse. Die freien Gewerkschaften hätten mit größter Energie wirtschaftliche mit Parteifragen verknüpft. Auch die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben den Fehler begangen, in politischen Fragen eine besondere politische Partei zu empfehlen. Daß es die letzteren bisher noch zu keiner stärkeren Mitgliederzahl als 118000 gebracht hätten, resultiere aus dem Fehlen jeglichen Ideals. Es sei nun aber noch eine große Zahl von Arbeitern übrig geblieben, die weder dem Hirsch-Dunderschen noch den Sozialisten mit ihrem Mißtrauen hätten Gefolgschaft leisten wollen, und aus der Mitte dieser Leute sei in den 90er Jahren die christliche Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufen worden, die sich aufs eifrigste bemühe, in Wahrheit neutral zu sein. Rednerin wandte sich dann in energischer Weise gegen die besonders im Osten oft gehörte Meinung, die christlichen Gewerkschaften seien Zentrums-Organisationen, und erläuterte dann in ausführlicher Weise die Grundanschauungen, Zwecke und Ziele der christlichen Gewerkschaften, die — im Unterschied zu den anderen Fachvereinigungen der Arbeiterschaft — in der Hauptache auf eine Umwidmung der sogenannten Werte auf dem Grunde der bestehenden Gesellschaftsordnung hinauszielen.

Hierauf ergriß der Kollege Joh. Giesberts das Wort. Er führte u. a. aus: Deutschland marschiert in seiner Fürsorge für die Arbeiter an der Spitze. Besonders das Versicherungswesen sei so ausgebildet, wie in keinem anderen Lande. Gegen die Arbeiterbewegung aber haben die bürgerlichen Parteien große Vorurteile gehabt. Auch Bismarck und die Regierung hätten sich hart über den begehrtlichen Arbeiter ausgesprochen. Und daß die Sozialdemokraten so viele Anhänger im Laufe der Jahre erhalten hätten, beruhe nicht auf dem revolutionären Geist des einzelnen Arbeiters, sondern hätte seine Gründe in dem Gefühl des Verlassenseins der Arbeiter. In den Jahren 1894 bis 1897 vollzog sich die Umwandlung in den konfessionellen Vereinen. Die christlichen Gewerkschaften wurden gegründet. Daß die christlichen Gewerkschaften dem Grundgedanken religiöser und parteipolitischer Neutralität treu blieben, beweise die Abgabe der Wintermänner im Nachener Textilarbeiterverband, der bloße Zentrumspolitik verfolgen wollte. Redner ging dann kurz auf die christlichen Arbeiterkongresse ein, wies darauf hin, wie die Regierung ihr Interesse an dem Erfahren der christlichen Arbeiterbewegung — als Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie — oft betont habe, wandte sich gegen das unzulässige Scharfmachertum, das nur Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie liefere, und freizite zum Schluß kritisch die neueren sozialpolitischen Reichstagsvorlagen.

Nach kurzer Diskussion wurde folgende von Herrn Krug vorgelegene Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung fordert die Mitglieder der Bromberger katholischen und evangelischen Arbeitervereine auf, sich Mann für Mann den christlichen Gewerkschaften Brombergs anzuschließen. Sie fordert von den evangelischen und katholischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften, sich Mann für Mann den konfessionellen Arbeitervereinen anzuschließen.“

Jünglingsvereine und christliche Gewerkschaften. Die Enidher Kreisverbindung der evangelischen Männer- und Jünglingsvereine beschäftigte sich am 8. März cr. in Alteneisen mit der Gewerkschaftsfrage. Die Mitglieder waren in starker Zahl erschienen, ein Zeichen dafür, daß man der Frage ein sehr hohes Interesse entgegenbringt. Nach kurzen Begrüßungsworten seitens des Vorsitzenden Pastor Göde hielt Herr Farrer Deitshaus (Eisen) einen Vortrag über „Christliche Gewerkschaften und Jünglingsvereine“. Der Redner sprach seine Herzogfreude über die Erklärung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung aus und zeichnete dann ein Bild des Lebens der Gewerkschaften und die Stellung der Jünglingsvereine zu denselben, die einzig und allein für die Mitglieder der Jünglingsvereine in Betracht kommen könnten.

Die Jungmännerbewegung müsse allerdings ihre Selbstständigkeit behalten und ihr ureigenes Gebiet, christliche Charaktere zu schaffen, hoch halten. Zum Schluß empfahl der Redner lebhaft den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften.

Das Korreferat hielt Redakteur Rafflenbeul, der vor allem versuchte, die Vorurteile gegen die christlichen Gewerkschaften zu zerstreuen. Die Jünglingsvereine müssen sich mit der Gewerkschaftsfrage befassen, es sei notwendig, die Mitglieder, die noch den roten Gewerkschaften angehören, zum Uebertritt zu den christlichen zu bewegen. Der Redner führte die Mitgliederzahl der jungen Leute vom 17. bis 24. Lebensjahre aus den Jünglingsvereinen zum Teil auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften zurück, von denen die jungen Leute ungeschult ungarne wurden und noch werden. Es sei weiter notwendig, daß dann und wann in den Jünglingsvereinen aufklärende Vorträge über die christlichen Gewerkschaften gehalten werden. Aus der christlichen Jungmännerbewegung wird dann der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Nachwuchs entstehen. Es sei Pflicht der Jünglingsvereine, den christlichen Gewerkschaften beizutreten. Herrmann, Sozialarbeiter, erläuterte, dass man sich für die Zukunft der christlichen Gewerkschaften im Nordosten Deutschlands guten Erwartungen hingeben kann. Bei einem planmäßigen Zusammenarbeiten der christlichen Gewerkschaften werden sich auch in diesem Gebiet die Vorbedingungen der christlichen Gewerkschaften bilden. Am 17. März cr. fand in Stettin ein gemeinsames Gewerkschafts-Konferenz-Komitee eine öffentliche Volksversammlung.

Pastor Körner wies darauf hin, daß nur Frigidität halt mache und empfahl dann die christlichen Gewerkschaften. Pastor Wiesbert meinte, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht nur durch die Arbeitervereine, sondern besonders durch die christlichen Gewerkschaften überwunden werden könnten. Es sei Pflicht der Jünglingsvereine, den christlichen Gewerkschaften beizutreten. Herrmann, Sozialarbeiter, erläuterte, dass man sich für die Zukunft der christlichen Gewerkschaften im Nordosten Deutschlands guten Erwartungen hingeben kann. Bei einem planmäßigen Zusammenarbeiten der christlichen Gewerkschaften werden sich auch in diesem Gebiet die Vorbedingungen der christlichen Gewerkschaften bilden. Am 17. März cr. fand in Stettin ein gemeinsames Gewerkschafts-Konferenz-Komitee eine öffentliche Volksversammlung.

daß er durch die christlichen Gewerkschaften in die Jünglingsvereine gelommen sei. Nach einer Anzahl Redner sprachen sich ebenfalls für die christlichen Gewerkschaften aus.

Diese Konferenz wird zweifellos dazu beitragen, den christlichen Gewerkschaften neue evangelische Mitglieder aus den Kreisen der Jünglingsvereine zuzuführen. Wir können nur dringend wünschen, daß überall die Jünglingsvereine sich mit der Gewerkschaftsfrage befassen und ihren Mitgliedern nachdrücklich empfehlen, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.

Wie der christl. Textilarbeiterverband die Interessen der Arbeiterinnen schützt G. ist ein kleines Industriefabrikchen. Es liegt so freundlich mitten in einer riesig großen Heide, die zur Zeit der Blüte wunderbar lieblich prangt von blauen Heideblümchen. Und wenn abends die sinkende Sonne ihre letzten Strahlen über die Heide wirft, die Leuchtläfer umher schimmern und im Heidepumpfen es ganz unheimlich quillt, dann ziehen viele Gestalten, aus den Spinnereien des Städtchens kommend, über einen schmalen Pfad der Heide dem Hause zu. Es sind meistens Arbeiterinnen; einige noch fast Kinder, kaum der Schule entwachsen, auch ältere Mädchen und verheiratete Frauen. Sie wohnen weit von der Fabrik in den kleinen Dörfern, oder auch in den Wohnungen, die mitten in der Heide gebaut sind. Morgens, wenn der Tag graut, wenn die Heide noch mit einem dunklen Schleier bedeckt ist, oder wenn sie im Sommer schillert in Millionen Tropfen an Blümdchen und Gräsern, dann rücken sich die Arbeiterinnen schon zur Arbeit. Schlaftrunken beachten sie die Morgenschönheit der Heide nicht; wenn sich mehrere begegnen, wird kaum gegrüßt, und fast schweigend gehen sie nebeneinander. Wenn die Dampfpeise schrii über die Heide tönt, gehen sie aus dem Hause, immer zur selben Zeit; sie gehen immer denselben Weg und haben immer dasselbe Ziel — die Spinnerei. Nur der Sonntag bringt eine Abwechslung. Elf Stunden müssen sie arbeiten, nur eine einstufige Mittagspause unterbricht den langen Tag. Bedürfnisse haben die Arbeiterinnen wenige. Abends kommen sie müde nach Hause, Sonntags lesen sie geistlose Erzählungen oder gehen ins nahe Städtchen zum Tanz. Das ist ihr Leben. Abends, wenn von der Arbeit nach Hause geht, dann geht lustig her. Dann gehen viele Jungens mit. Der eine spielt die Mundharmonika, der andere singt ein gutes oder auch nichtgutes Lied, ein dritter reißt faule Witze und mitunter zweideutige, ein vierter weiß schöne Geschichten zu erzählen usw. Amüstant ist es immer; die ganze Gesellschaft ist animiert. Manchen Arbeiterinnen ist dieses Getöse auch zuwider. Sie gehen für sich allein. Sie träumen und sinnieren über das, was der Tag gebracht hat und was der folgende bringen wird. Sie fühlen das Unwürdige ihres Lebens, sie möchten höher hinaus. Elf Stunden zu schaffen scheint ihnen zu lang, der Lohn scheint ihnen zu gering und die Behandlung —? Sie lehnen sich nach besseren Verhältnissen.

Ja, sie leben in unwürdigen Verhältnissen. 12—13 Markt die Woche für 11 Stunden pro Tag, die Aborte in schlechtem Zustande, die Ankleide- und Waschräume nicht weniger; zwischen den Maschinen müssen sich viele umkleiden, das Puzen der Maschinen geschieht in der Mittagszeit und während der Betrieb im Gange ist. Daß das ungesund, wissen sie kaum, und wenn sie sich dagegen wehren, dann kommt der Meister und —? Ja der Meister! Man munkelt allerlei. Und wenn man morgens früh über die Heide geht, dann trifft man oft Arbeiterinnen mit schmerzlichen Köpfen. Für den Meister! Fette Gänse, etwas vom geschlachteten Schwein, Köhre voll Pfeffer, feines Gemüse — alles wird dem Meister geschenkt. Dafür gibt gute Arbeit, man braucht nicht auf Material zu warten, der Meister schimpft nicht mit den Gehilfen usw. So hat sich eine Clique gebildet, die sich untereinander in Kriecherei überbietet und gegen die rechtlich denkenden Arbeiterinnen eine Fehde führt. Letztere sind immer die Schuldigen. Strafen gibt's viele, ebenso schlechtes Material und Varien auf Spulen und Garn — aber wenig Lohn. Sie möchten sich dagegen wehren, aber sie können nicht und dürfen nicht. Wer soll ihnen helfen? Man munkelt von all diesen Dingen, aber keine mag es, offen zu sprechen. Man müßte es sich gegenseitig zu und schimpft auch wohl — aber nur im Vertrauen.

Einmal oder zweimal im Jahre kommt der Gewerberat. Manchmal weiß es der Meister vorher, wann er kommt. Dann wird alles fein in Ordnung gemacht. Die Ankleide-, Wasch-, Speiseräume und alles. Und wenn der Gewerberat bei der Arbeiterin an der Maschine steht und nach der Arbeitszeit fragt, ob auch die Winderjünglinge fertig hinaus gehen und ob die Arbeiterinnen mittags auch mitunter durcharbeiten, dann steht der Meister dabei und sieht die Arbeiterin an und die weiß schon, was sie sagen muß. Sie würde ja sonst ihre Arbeit und damit ihr Brot verlieren. Wer sollte die Arbeiterinnen schützen? Sie riskieren es gar nicht, die Wahrheit zu sagen; um mehr Lohn mögen sie auch nicht fragen, dann werden sie frech angefahren. So haben sie sich ihrem Schicksal ergeben und ziehen verdrückt abends über die Heide nach Hause. So ist es gewesen!

Da kam auch der christliche Textilarbeiterverband in diese Gegend. Auch einige Arbeiterinnen schlossen sich an nach langem Zögern. Es wurde dem Meister hinterbracht: einer Arbeiterin wurde gekündigt. Die anderen drohten, wieder anzutreten aus Furcht. Nur mit Mühe konnte ihnen ihr schädliches Handeln deutlich gemacht werden, aber sie blieben Mitglied und machten ihrem gedrückten Herzen gründlich Luft. Was sie lange nur heimlich getuschelt, erzählten sie dem Verbandsvertreter, einige unter Weinen. Der Verbandsvertreter ging nicht zum Meister, sondern zum Prinzipal selber. Der wollte ihn erst nicht hören, aber wie der Gewerkschaftssekretär den Sumpf aufdeckte, den der Meister in der Fabrik geschaffen, da spühte er die Ohren und hörte zu und unteruchte alles. Und es wurde abgestellt. Der Meister wurde sofort entlassen — er hatte sich auch an einige Arbeiterinnen sittlich vergangen. Die Speise-, Wasch- und Ankleideräume und die Aborte wurden neu hergerichtet. Auch gab eine 8-prozentige Lohnerhöhung. Der Arbeitgeber hatte von nichts gewacht. Die gemorgelte Kollegen konnte weiter arbeiten. Später wurde auf Antrag des Verbands die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt. Heute sind die Verhältnisse in der Heide nicht mehr wie früher, aber es ist doch nicht alles abgebehen, aber es ist doch

mit ist: die Arbeiterinnen dürfen ein freies Wort reden, ohne in Gefahr zu kommen, ihre Stellung zu verlieren. Kollegen, lernet aus diesen wahren Tatsachen, die der Schreiber selbst erlebt hat. Es wird nicht überall so schlimm sein, aber verbesserungsbedürftig ist es noch vielerorts. Die Verhältnisse in G. wären noch jahrelang die unmündigen geblieben, wenn nicht unser Verband energisch dazwischen gegripen hätte. Dem notwendigen Schuß, der auch die Arbeiterin in die Lage versetzt, ein freies Wort für ihre Interessen einzulegen, gewährt nur die geschlossene Organisation. Darum organisiert und agitiert. Einem in den Kampf für Recht und Freiheit der deutschen Arbeiterin.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Der 8. volkswirtschaftliche Kursus, den die Zentralstelle des Volksvereins für das kath. Deutschland vornehmlich mit dem Zwecke der Ausbildung von Arbeitern zu erfolgreicher praktischer Tätigkeit in der Arbeiterbewegung abhält, findet in diesem Jahre in der Zeit vom 9. Juni bis 12. August im R.-Glabbach statt. Auf demselben werden folgende Gegenstände behandelt werden:

Aufgaben, Organisation, Bestimmungen und Handhabung der Berufungs- und Arbeiterjugendgesetzgebung. Die Entwicklung der Volkswirtschaft im allgemeinen und der deutschen Volkswirtschaft im besonderen; Das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine Bewertung. Entwicklung und Grundzüge der Arbeiterfrage und der Bestrebungen zu ihrer Lösung. (Theorie des gesellschaftlichen Arbeiterkampfes, Koalitionsrecht, deutsche und ausländische Gewerkschaftsbewegung, Tarifverträge, Arbeiterinnenfrage.) Handwerkerfragen; das Arbeitsverhältnis im Handwerk; Grundzüge der Agrarfrage; Landarbeiterfrage; Genossenschaftswesen; Die Organisation der Unternehmen im Gewerbe; (Arbeitgeberverbände, Kartelle, Trusts). Der Sozialismus, seine Geschichte und seine Kritik; Die Aufgaben des Staates; Verfassungsfragen; das Wichtigste aus der Steuerlehre; kommunale Sozialpolitik.

Gebühren für die Teilnahme am Kursus werden nicht erhoben. Kosten (75—80 Mk.) entstehen nur durch die Ausgaben für Kost und Logis sowie die Anschaffung von Lehrmitteln und Schreibmaterialien. Diese Kosten sind entweder von den Kurstiseln selbst oder von den Organisationen, welche „Teilnehmer“ zum Kursus entsenden, zu decken. Neben Arbeitern können auch Mitglieder anderer Stände den Kursus oder einen Teil desselben als „Hörer“ mitmachen.

Anmeldungen zum Kursus sind spätestens bis zum 1. Mai an die Leitung des volkswirtschaftlichen Kursus, Volksvereinshaus, R.-Glabbach zu richten; dabei ist anzugeben, ob man als „Teilnehmer“ oder nur als „Hörer“ zu kommen wünscht. Von Arbeitern, die als Teilnehmer zugelassen sein sollen, ist der Meldung beizufügen:

1. Ein kurzer selbstverfaßter und selbstgeschriebener Lebenslauf; darin ist besonders anzugeben, in welchem Beruf und wo man tätig gewesen ist, seit wann und in welcher Gewerkschaft man organisiert ist, in welchen kath. Vereinen man Mitglied war und wie man sich in der organisierten und agitatorischen Kleinarbeit betätigt hat; 2. ein ärztliches Gesundheitszeugnis; 3. sind solche Personen namhaft zu machen, bei denen die Zentralstelle über Charakter und Fähigkeiten Erläuterungen einziehen kann; 4. ist der Nachweis zu erbringen, daß die notwendigen Mittel zur Deckung der entstehenden Unkosten vorhanden sind und in R.-Glabbach deponiert werden können. Dieser Nachweis kann durch Bürgschaften zahlungsfähiger Korporationen oder Privatier ersetzt werden. Solche Bürgschaftserklärungen müssen genau den Betrag angeben, für den der Bürger event. aufzukommen resp. den er zu den Kosten beizutragen bereit ist.

Weitere persönliche Vorbereitungen sind aus dem Prospekt zu ersehen, der von der Zentralstelle im R.-Glabbach bezogen werden kann.

Den teilnehmenden Arbeitern am Kursus können seitens der Zentralstelle des Volksvereins durchaus keine Ausichten oder Zulagen bezüglich sofortiger oder späterer Anstellung als Arbeitersekretäre gemacht werden. Es muß deshalb für Arbeiter, welche am Kursus sich beteiligen wollen, Sorge getroffen werden, daß sie nach Beendigung des Kursus sofort wieder eine Arbeitsstelle finden.

Aus gegnerischen Organisationen.

Die Fruchtbarkeit des Berliner Systems. Die Sonderheit des Berliner Systems besteht nicht allein darin, daß es die Lösung der wirtschaftlichen Arbeiterfragen nur auf konfessionellem Boden für richtig und möglich hält, und in notwendiger Konsequenz dessen die Interkonfessionalität der Gewerkschaften verwirft, es erklärt auch den Streik für grundsätzlich unzulässig und unchristliches Mittel. Durch die Anerkennung des Streikrechtes erklärten die christlichen Gewerkschaften die Macht zum Recht, sagen die Berliner immer wieder, obwohl ihnen die Unwahrscheinlichkeit ihrer Behauptung hundertmal nachgewiesen ist. Wer die Macht zum Recht erklärt, stellt sich auf den Boden des Klassenkampfes, und daß das bei den christlichen Gewerkschaften nicht der Fall ist, wissen auch die Berliner Herren. Aber die christlichen Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkte, daß man sich eines wirksamen Mittels zur Verbesserung der Lage des Arbeiters entbehrt, wenn man das Streikrecht von sich weist. Die Tatsachen beweisen auch, daß die christlichen Gewerkschaften durch den Streik mehr für den sozialen Frieden getan haben, als die Berliner mit ihrer übertriebenen Betonung der Harmonie zwischen Kapitalist und Arbeiter. Die Tarifverträge, die als gewerkschaftliche Friedensdokumente mit vollem Recht bezeichnet wurden, geben einen Beweis für die Friedensarbeit der christlichen Gewerkschaften — durch den Streik. Die Berlinerer kann auch nur annähernd ähnliche Erfolge nicht aufweisen. Es wäre zwar ein Idealzustand, wenn die Anwendung von Machtmitteln im gewerkschaftlichen Leben nicht mehr notwendig wäre, aber nur phantastische Schwärmer, die den praktischen Boden unter den Füßen verloren haben, können mit Rücksicht auf diesen Idealzustand das Mittel des Streiks aus dem Hand geben. Daß die deutschen Arbeiter nicht so „sentimental“ sind, um durch Bittgesuche und Betonung der Interessengemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeiter sich Konfessionen abringen zu lassen, das haben besonders die Berliner dühndemal erfahren müssen. Auf das Streikrecht verzichten, heißt nichts anderes, als den Arbeiter der Gnade und Ungnade des Arbeitgebers überlassen. Eine Verbesserung der Lage der Arbeiter von dem sozialen Empfinden der Arbeitgeber abhängig machen, das ist zwar eine schöne und billige Gewerkschaftspolitik, aber auch eine ebenso ungesund. Wir haben in dieser Beziehung noch zu wenig Erfahrungen zu unseren deutschen Arbeitgebern, und die Vorgänge in amerkanischen Gehen gehen weiter. Wir haben

Durch das Nachmittags-Streik ist die Lage der Arbeiter nicht ungewöhnlich geklärt worden. Das wissen selbst die Arbeitgeber, denen doch gewiss keine Sympathie für die Gewerkschaften vorgezogen werden kann, zugeben. In einer Sitzung des Verbandes der elektrotechnischen Installationsfirmen Deutschlands hielt der bekannte Scharfmachersekretär und Redakteur der „Arbeitsbegeisterung“, Herr v. Reisswig, einen Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung. Nach seiner bekannten Manier schilderte Herr v. Reisswig die Gewerkschaften als eine schreckliche Gefahr für die Unternehmer. Aber hinter den verschlossenen Türen mußte Herr v. Reisswig auch noch etwas anderes von den Gewerkschaften zu berichten. Er sagte nämlich:

„Ich möchte hierbei einleuchten, daß ich für meine Person nicht im geringsten gewisse Verdienste der Organisation in Sachen der Lösung der wirtschaftlichen Wohlfahrt der Arbeiterschaft zu leugnen beabsichtige. Ganz gewiß sind die Löhne der Arbeiter weit schneller gestiegen und die Arbeitsbedingungen überhaupt weit einseitiger geworden, als dieses der Fall gewesen wäre, wenn wir die Koalitionsfreiheit nicht hätten.“

Die wirksame Vertiefung der Arbeiterinteressen durch die „Streik-Gewerkschaften“ wird hier also von ganz unerbäulichen Zeugen zugegeben.

Die Klagen fallen dagegen die Herren Berliner herein, deren System praktisch ganz bedenklich dem „gelben“ ähnelt. Schon öfters sind sie von den Arbeitgebern scharf abgetwiefen worden, wenn sie bei und wehmütig um Erfüllung ihrer Wünsche bitten. Einen neuen Hinweis haben sich die Herren in Hückwipf (D.-Sch.) geholt.

Am die Jahreswende machte Herr Sekretär Muffel im Auftrage der Fachabteilung bei der Verwaltung des Reichswerkes eine Eingabe mit folgenden Wünschen: 1. Schnellere Beförderung der Berufstätigen in das Krankenhaus; 2. Einschränkung der Sonntagsarbeit; 3. Regelung der Sonntagsarbeit in der Weise, daß kein Arbeiter gezwungen wird, zwei oder mehr Sonntage hintereinander zu arbeiten; 4. Erbauung eines Speisesaals; 5. größere Sauberkeit in den Aborten, vor allen Dingen durch Einrichtung besonderer Aborte für die ausländischen Arbeiter; 6. vermehrte Einführung warmer alkoholfreier Getränke in der Kantine; 7. wöchentliche Lohnzahlung; 8. Errichtung von Arbeiterkassen; 9. bessere Ableitung der giftigen Gase in der Schweizerlei.

Die Eingabe blieb unbeantwortet. Darauf begab sich der Präses des Arbeitervereins zum Herrn Kommerzienrat Märklin. Herr Märklin sagte wohlwollende Prüfung zu! Auf eine erneute Eingabe antwortete er dann: Für die ungenügende Beförderung der Kranken habe er, wie bekannt, bereits Sorge getragen. Die wöchentliche Lohnzahlung sei seiner Meinung nach den überlegten Arbeitern kein Bedürfnis und den überlegten nur ein Anreiz zum vermehrten Knüppelbesuch, da diese dann statt der bisherigen zwei monatlichen Zahlungen deren vier feiern würden. Arbeiteransprüche halte er für überflüssig, da er jederzeit für jeden Arbeiter persönlich zu sprechen sei und jeder ohne Schwierigkeiten zu ihm gelangen könne. Daher lehne er diese beiden Punkte ab. Die Erbauung eines Speisesaals entspreche durchaus seinen Wünschen. Er werde dies also bei dem Herrn Vorfig befürworten, ebenso den erweiterten Verkauf warmer alkoholfreier Getränke.

Ob den Berlinern angesichts solcher Behandlung die Augen aufgehen? Wir bezweifeln es. Zu behauern sind nur die Arbeiter, die vergebens auf einen höheren kulturellen Aufstieg hoffen. Als greuliches Gespenst wird ihnen der Streik ungenügend, wodurch noch niemals ein Erfolg für die Arbeiter errungen sei. So schreibt der Berliner Arbeiter mit Recht auf die Streikbewegung in Nr. 4: „Demnach scheint man uns glauben machen zu wollen, als ob bei einer günstigeren gewählten Zeit der Streik erfolgreich verlaufen wäre. Nein und wiederum nein! Die Zeiten sind längst vorüber. Die Arbeitgeber in ihren Arbeitgeber- und Streikversicherungsverbänden sind den Arbeitern gegenüber stets im Besitz des günstigen Augenblicks, da sie durch ihre Vereinigung die entsprechende stets überlegene Geldmacht in Händen haben. ... Durch das Streiksystem wird in Zukunft kein anderer Resultat als die Niederlage der Arbeiter erreicht werden.“

Dah über 60 Prozent der Streiks mit einem Erfolge für die Arbeiter endeten im vergangenen Jahre, verschweigt der Arbeiter. Er weiß gut, warum!

Ein wichtiger Gedanken für die Sozialdemokratie. Am 14. März d. J. waren 25 Jahre vergangen, seitdem der „wissenschaftliche“ Begründer des Sozialismus, Heinrich Karl Marx, von der öffentlichen Bühne des Lebens abgerufen wurde. Die sozialdemokratische Presse feiert diesen Tag selbstverständlich, hebt die Bedeutung Marx für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in die höchste Höhe und gibt besondere Programmpunkte heraus. Wie der Tod des Reichens Marx überwinden, so ist auch heute die Wissenschaft den Weg der Vergangenheit bis ans Ende gegangen. Nicht um Marx ist die Frage der besseren Erkenntnis und der unapologetischen Entwicklung von dem Varna marxistischen Wissenschaftler, bis er fast völlig lahm dahinst. Selbst in Paris, wo man das Abbild des Marxismus hat, es sind nicht die himmlischen Köpfe, die die Marxische Doktrin als unerschütterlich und unerschütterlich zu dem Überlebten werden. So schrieb J. B. der „Zimmerer“, das Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes:

„Es ist eine unentzweiende Tatsache, die sozialdemokratische Partei (wie immer, ohne Widerspruch) in den Kreisen unserer Kameraden zu finden, auch diese sagen: unsere Partei befindet sich jetzt länger Zeit in einer unangenehmen Situation, die in der nächsten Zeit noch schlimmer zu werden droht. Ihre wichtigsten theoretischen Lehren haben sich als unhaltbar herausgestellt. Die „Klassenkampftheorie“ hat aufgehört werden müssen, die „Zusammenbruchstheorie“ kann nicht aufrecht erhalten werden, die „Klassenkampftheorie“ ist sehr zweifelhaft geworden, und so sehr es auch nach der Aufhebung der dionysischen Überproduktion und anderen Lehren. Jedenfalls findet alles das in der wissenschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte keine ausreichende Stütze. In den Arbeiterkreisen ist zwar noch ein verhältnismäßig großer Glaube an diese Lehren vorhanden, aber in den Kreisen der Parteiführer nicht und jedes-

falls nicht in der politischen Arbeiterpresse. Dadurch schon kommt die Partei in die Lage eines schwankenden Schiffes, und der Parteigenossen mächtig sich anmaßend daselbst Gefäß, wie man es bei den Passagieren eines schwankenden Schiffes wahrnehmen kann. Alles wird nervös!“

Noch spult in den Köpfen einiger Unentwegten die Revolutionsdramatik, die sie zum Schaden der Gewerkschaften und der Arbeiter gern praktisch verwirklichen fähen. Auf der Marxischen Theorie fußend, haben sie die „Millionenpartei“ zu vollständiger Unfruchtbarkeit verurteilt.

In Nr. 14 des „Korr.“, Organ des Buchdruckerverbandes, bringt Reichhauer eine nicht üble Karikatur vom sozialdemokratischen Zukunftsstaat und beschäftigt sich ausführlich auch mit der Revolutionspolitik in der Partei. Nach seiner Ansicht hat es überhaupt nie eine Revolution gegeben, die Grundrücken im ökonomischen Leben der Völker herbeigeführt habe, und führt dann aus:

„Man scheint sich also in der Sozialdemokratie nicht klar zu sein, was man eigentlich will, ebensowenig darüber, was auf dem Spiele steht und was auf dem Wege der Revolution doch nicht erreicht wird. Die sozialrevolutionäre Tendenz, wie sich heute in der Sozialdemokratie erschließt und deren unfruchtbare Politik wiederum aus dem verfehlten ersten Teil ihres Programms resultiert, sowie die Propagierung der „scharferen Tonart“ und das Spielen mit dem Feuer muß naturgemäß zu einem gewalttätigen Austrage der wirtschaftlichen und sozialen Differenzen führen, ob man will oder nicht. Oder man muß sich, was meist heute geschieht und keinem tiefer Blickenden verborgen bleibt, auf aufgepumpte Redensarten beschränken; aber so oder so hat die Arbeiterschaft davon keinen Nutzen, sie reißt nur zwecklos ihre Kräfte auf und fördert in letzter Instanz — die Reaktion!“

Die christliche Arbeiterschaft ist sich an diesem Gedanken besonders bemüht, daß allein auf dem Boden des Christentums, dem Fundament ewiger Grundwahrheiten, eine Lösung ihres Standes möglich ist. Und sie schöpft aus dieser Überzeugung erneute Kraft für den Kampf um die Weltanschauung und für den Aufstieg zu höherer geistiger und wirtschaftlicher Kultur. Der Klassenkampf, den Marx zur Grundlage der Arbeiterbewegungen machte, hat letzteren mehr geschadet als genutzt.

Zwei Erhebungen über die Arbeitslosigkeit der Textilarbeiter. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband beabsichtigt durch seine nächste Generalversammlung, die im Mai in Leipzig stattfinden wird, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Um eine rechnerische Unterlage zu haben, veranstaltete der Verband zweimal Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter seinen Mitgliedern, einmal zu einer Zeit, wo das Textilgewerbe ziemlich still beschäftigt war, und das andere Mal, als die Konjunktur bereits zu sinken begann in einigen Zweigen unserer Industrie. Die erste Zählung fand am 12. Juni, die zweite am 9. November 1907 statt. Am 12. Juni hatte der Verband 118133 Mitglieder, an der Zählung beteiligten sich 87 Prozent, brauchbare Karten gingen 103250 ein. Davon waren erwerbslos 5931 Mitglieder oder 5,7 Prozent, zusammen 182994 Tage.

Am 9. November beteiligten sich von 120618 Mitgliedern 89 Prozent, an der Zählung. Brauchbare Karten gingen 107115 ein. Erwerbslos waren 6588 Mitglieder gleich 6,2 Prozent, zusammen 224468 Tage.

Von diesen erwerbslosen Mitgliedern waren infolge Krankheit ohne Beschäftigung am 12. Juni 3441 zusammen 102208 Tage, am 9. November 3501 110080 Tage. Die Statistik zeigt ferner, daß die in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiterinnen mehr unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben und vor allen Dingen infolge ihrer Beschäftigung mehr von Krankheiten heimgegriffen werden und genötigt sind, die Arbeit auszuzeigen als die Männer. Der Verband hatte am 12. Juni 43250 weibliche Mitglieder, am 9. November 43608. Erwerbslos waren am 12. Juni zusammen 3730 123345 Tage. Davon waren krank 2143 zusammen 68026 Tage, freiwillig hatten 417 die Arbeit 19095 Tage angezeigt. Der Rest war aus anderen Ursachen arbeitslos. Am 9. November waren 4374 weibliche Mitglieder zusammen 171720 Tage erwerbslos. Davon waren 2338 zusammen 52748 Tage wegen Krankheit zur Untätigkeit verurteilt. Freiwillig hatten 913 Arbeiterinnen 45973 Tage die Arbeit angezeigt. Die Zahl der infolge Krankheit oder aus anderen Ursachen erwerbslosen weiblichen Mitglieder übersteigt die der männlichen um 12. Juni um das Dreifache, am 9. November um das Vierfache. Bei den männlichen Mitgliedern entfallen am 12. Juni auf 71,4 Mitglieder 1 arbeitslos, bei den weiblichen schon auf 24,7 1 arbeitslos. Zur Zeit der zweiten Zählung hatte sich der Stand etwas verschlechtert. Es entfallen auf 70,9 männliche und auf 18,9 weibliche Mitglieder je 1 arbeitslos. Bezüglich der Krankheitsfälle ergaben in dieser Beziehung beide Zählungen das gleiche Resultat. Es kamen je 1 krankes Mitglied auf 49,5 männliche und 18,1 weibliche Mitglieder. Die Durchschnittsdauer der Krankheit bei männlichen 30,5 Tage, bei weiblichen 31,8 Tage. Die Durchschnittsdauer der aus anderen Gründen vorhandenen Arbeitslosigkeit betrug zur Zeit der ersten Zählung bei Männern 22,6 Tage, bei Arbeiterinnen 28 Tage; zur Zeit der zweiten Zählung bei Männern 14,7 Tage, bei Arbeiterinnen 47 Tage.

Der „deutsche“ Textilarbeiterverband meint, mit einer Beitragserhebung von 10 Pfg. die Kosten für die Arbeitslosenunterstützung decken zu können. Auch in unserem Verband ist die Arbeitslosenunterstützung öfters behandelt worden. Ob auch wir demnächst zu einer derartigen Einführung schreiten müssen, steht dahin.

Aus der Bilanz einer „gelben“ Organisation. In der Reichsversammlung und Spinnerei in Wuppertal besteht eine „gelbe“ Organisation, die nach den Reichstagswahlen gegründet wurde. Kurzlich hielt sie ihre erste Generalversammlung ab. Um die Arbeiter in die Bewegung zu bringen, wurden jedem Besucher 20 Pfg. ausbezahlt. Interessant war die Abrechnung über die Kassengeschäfte. Da werden unter den Einnahmen 97 Millionen im Betrage von 10500 M. verzeichnet, ferner an Beiträgen der Mitglieder und der Partei 3351 M. Da nach dem Bericht der Verein 529 Mitglieder

zählt, müßte jedes Mitglied zirka 20 M. Eintrittsgeld bezahlt haben. In diesen Posten sind also die Spenden des Unternehmers versteckt. An Ausgaben sind verzeichnet: Aussteuerbeiträge 72 M., außerordentliche Unterstützung 10 M., Kartoffelgeld 3470 Mark, Kranz für ein verstorbenes Mitglied 3 M., Kränze der Christbaumfeier 1436 M. Das gesamte Kartoffelgeld wurde im vorigen Herbst verteilt, wobei jeder Verheiratete 10 M., jeder Ledige 5 M. bekam. Um diesen Preis und um die Vergünstigung, alljährlich eine Christbaumfeier mitmachen zu dürfen, sowie in der Aussicht, beim Tode einen Kranz um 3 M. zu bekommen, lohnt es sich schon für einen Arbeiter, sein Koalitionsrecht fahren zu lassen. Vor Gründung des Vereins, so berichtet der „Vorwärts“, war ein großer Teil der Arbeiter dieser Fabrik im Textilarbeiterverband organisiert. Sie mußten dann austreten. Seit dieser Zeit haben sich die Arbeitsverhältnisse in dem Betriebe verschlechtert. Das Unternehmertum sorgt schon dafür, daß es die den Selben zugewendeten Spenden mehrfach wieder hereinbringt.

Allgemeine Rundschau.

Soziale Wahlen.

Gewerbegerichtswahl in Lechhausen bei Augsburg. Bei der Wahl der Arbeitnehmer, welche am 25. Februar stattfand, wurden von 4500 Wahlberechtigten 1526 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Liste I (christlich) 422, auf Liste II (sozialdemokratisch) 948 und auf Liste III (Christlich-Demokrat) 156 Stimmen. Es ergaben sich somit Liste I 3 Beisitzer und 2 Ersatzmänner, Liste II 8 Beisitzer und 5 Ersatzmänner, Liste III 1 Beisitzer und 1 Ersatzmann.

Das Resultat für die Wahl der Arbeiter dürfte allseitig ein besseres sein. Es ist das vor allem ein Zeichen der Unkenntnis gegenüber der hohen Bedeutung der Gewerbegerichte. Gleichzeitig muß aber auch gesagt werden, daß von Seiten der Behörden dem Arbeiterstand solche Wahlen noch sehr erschwert werden. Diese Wahlen dürften z. B. nicht an einem Arbeitstage stattfinden. Der Arbeitgeber kann gehen, wann er will, er ist kein eigener Herr, der Arbeiter aber nicht, er muß um Urlaub bitten, und das scheuen gerade die meisten. Der Arbeitgeber hat auch keinen Verlust, sein Geschäft und somit sein Verdienst erleidet dadurch keine Unterbrechung, der Arbeiter dagegen, der jede Minute seiner Arbeitszeit ausnützen muß, um auf einen anständigen Lohn zu kommen, er empfindet es schwer, wenn er einige Stunden von seiner Arbeit fernbleibt. Deshalb muß ein arbeitsfreier Tag für solche Wahlen genommen werden, wie das in andern Städten schon längst geregelt ist.

Was die einzelnen Parteien anbelangt, so hätte die christliche Liste die rote bei weitem überflügelt, wenn alle diejenigen zur Wahl gegangen wären, die auf christlichen Standpunkte stehen, und wir sagen schon heute, bei der nächsten Wahl wird es sicher anders werden. Aber die Forderungen — es geht mit Meienstritten bergab, und es mag auch die „großartige Liebe des Generalrates von Berlin zu den Selben in Augsburg“ dazu beigetragen haben, daß mancher Forderung aus dem Revier verwehrt wurde. Deshalb: „Anerkennung der Forderungen“, das muß in Zukunft unsere Parole sein.

Münster. Die Gewerbegerichtswahlen fanden in voriger Woche statt und wurden am Sonntag zu Ende geführt. Die Beteiligung bei der Arbeitgeberwahl war sehr schwach; gewählt wurden die von den vereinigten Arbeitgeberverbänden und Vereinen aufgestellten Kandidaten. Bei der Wahl der Arbeitnehmer setzte die Kandidatenliste der christlichen Gewerkschaften, welche 991 Stimmen erhielt, während die sozialdemokratischen Kandidaten 619 Stimmen auf sich vereinigten. Folgende Zahlen zeigen das Ergebnis der Wahlen seit Bestehen des Gewerbegerichtes: Es erhielten Stimmen 1902 die Arbeiterliste 1902 (1091), 1905 (1166), 1908 (991), die sozialdemokratische Arbeiterschaft 1902 (680), 1905 (681), 1908 (619).

Allgemeines.

Frauen und Mädchen werden in der schweizer Industrie Obergewaltens noch in großem Umfang beschäftigt. In Kolbbrunnereien und Sinterfabriken sind 392 beschäftigt, für Eisenerzgruben 1187 Arbeiterinnen. Steinbrüchlergruben 4650, Zink- und Bleierzgruben 2933 Arbeiterinnen, bei insgesamt 12635 beschäftigten Personen. Für Goddies 730, Eisen- und Stahlfabrik 34, Holzwerke und Stahlwerke 648, weiterverarbeitende Industrien (z. B. Maschinenbau, Glasfabrikation usw.) 370, Zink-, Blei-, Kupfer-, Zinn- (sehr ungeliebte Arbeit) 328, Holzwarenherstellung 1195, Kautschukwaren 10, Zinnoberdarstellung 6, Blei- und Silbererz 13 Arbeiterinnen. Da wäre ein Arbeitsfeld für die Berliner, die hier angeblich viele Mitglieder haben.

Die Krankenversicherung in 1906. Etwas spät erschienen die diesjährigen amtlichen Zusammenstellungen: immerhin aber geben die Zahlen einen recht leuchtigen Beweis über die Bedeutung dieses Versicherungsgegenstandes. An Krankenlisten zusammen waren im Deutschen Reich 23215 vorhanden, 88 mehr als im Jahre 1905. Diefelben verteilen sich:

Bezeichnung	Zahl der Kranken	Verbleib im Jahresabschluss
Gemeindekrankenversicherung	8366	1540436
Ortskrankenlisten	4741	5950187
Betriebskrankenlisten	7323	2891378
Baukrankenlisten	46	22706
Fingerringkrankenlisten	744	264122
Eingew. Hilfskrankenlisten	1340	884413
Landeskrankenlisten	155	36405
	23215	11689697

Die Zunahme an Kassennmitgliedern beträgt rund 500000. Die Entlassungszahl mit Erwerbsunfähigkeit beläuft sich auf 423793, ist pro Mitglied der Versicherten 6,38%, im Vorjahre waren es 40%. Unvergütete Krankentage, einsehr der Behandlung in einem Krankenhaus, waren es 87445657 oder pro unterlegenes Mitglied 7,3 Tage. Die Krankentage zusammen belaufen sich auf 241128937 Tage, macht pro Mitglied 20,65 gegen 20,76 Mark in 1905. Das Vermögen sämtlicher Kassen beträgt 230 Millionen, etwa 23 Millionen mehr als gegen das Vorjahr. Die Ortskrankenlisten haben davon 106, die Betriebskrankenlisten 97 Millionen. Am stärksten wuchs das Gemeindeversicherung. Bei über 1 1/2 Millionen Mitgliedern haben sie ein Vermögen von 237600000 M. Alles in allem lassen

die genannten Zahlen den ungeheuren Wert unserer Krankenversicherung erkennen.

Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin.

Einen Blick in den Zukunftsstaat gewährt folgende Statistik, die das Reichsarbeitsblatt veröffentlicht. Es handelt sich um Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in sozialdemokratischen Konsumvereinen. Die Erhebung umfaßt 774 Konsumvereine mit 8611 Angestellten. Von den sozialdemokratischen Forderungen: wie achtstündige Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Gleichberechtigung der Frauen usw. ist in diesen sozialdemokratischen Betrieben keine einzige erfüllt. Eine neunstündige Arbeitszeit haben im Durchschnitt nur die Kontorbeamten. Bezüglich der Arbeitszeit ist die Gleichstellung der weiblichen Kontorbeamten mit den männlichen folgerichtig durchgeführt, dagegen bezogen 86,5 vom Hundert von ihnen ein Gehalt unter 100 M., während von den männlichen Angestellten 57,4 vom Hundert einen Höchstgehalt von über 200 M. monatlich bezogen. Von den Kontoristinnen erhält nur eine einen Höchstgehalt von 150 M.

Sehr ungünstig sind jedoch die Verhältnisse aller anderen Angestellten, besonders der Lagerhalter, bei denen die tägliche Arbeitsdauer bis auf 16 Stunden steigt. 91,3 vom Hundert der Lagerhalter bezogen dafür ein Anfangsgehalt von unter 150, 27,3 vom Hundert von ihnen sogar unter 100 M. Für die gleiche Arbeitszeit erhielten die Lagerhalterinnen zum überwiegenden Teil (92,8 v. H.) einen Anfangsgehalt unter 100 M., 55 vom Hundert sogar unter 75 M. monatlich, während der monatliche Höchstgehalt bei 61,1 vom Hundert unter 100 M. stand. Zur Sonntagsarbeit waren die Lagerhalter in 331, die Verkäuferinnen in 189 Vereinen verpflichtet. In 443 Vereinen erhalten die Lagerhalter und in 193 Vereinen die Verkäuferinnen keine Ferien.

Ja, Theorie und Praxis! Was nützen die schönsten Reden, wenn man im eigenen Hause, also dort, wo man die Macht dazu hat, die eigenen Forderungen nicht erfüllt!

Veranstaltungskalender.

- Nachen-W. 31. März, 8 1/2 Uhr, bei A. Scheidweiler, Kapellenstraße 33. Die Kolleginnen sind besonders eingeladen.
- Nhais. 29. März, 11 1/2 Uhr, bei Burbaum.
- Sermun. 28. März, 8 1/2 Uhr, bei Dappen, Oberdennerstraße 69.
- Wochst. 29. März, Abrechnung der Vertrauensmänner, Borghorst. 29. März, bei Dwerfing, Distriktskanzlei.
- 5. April, 11 Uhr, bei Franz Dwerfing.
- Wochst. 4. April, 8 Uhr, bei A. Döring, Keimer Gaa.
- Sornbusch. 29. März, 6 Uhr, bei Wm. Jochen.
- Bülimen. 29. März, 11 Uhr, bei Jöling, Abrechnung der Vertrauensmänner und Vorstandssitzung.
- Stendorf. 29. März, 11 1/2 Uhr, bei Heiliger an der Kirche.
- Embsleben. 29. März, 10 Uhr, bei Laumann, Abrechnung.
- Waltchan. 4. April, 4 1/2 Uhr, im Weistehaus.
- Forst, Kaufh. 4. April, 8 1/2 Uhr, im Lokale zum Prälaten, Herberstraße.
- Greiz. 28. März, 1/2 Uhr, im Lokale Livoli, öffentliche Versammlung.
- 29. März, 11 Uhr, bei Gschw. Willen, außerordentliche Generalversammlung.
- Sermun-Dahl. 29. März, 6 Uhr, bei Wiltz, Gottschalk, Generalversammlung.
- Neumarkter. 28. März, 8 Uhr, im kath. Gesellenvereinslokale, Bahnhofsstr., Fabrikarbeitervereins-Versammlung.
- 5. April, 1/2 Uhr, im kath. Gesellenvereinslokale, Bahnhofstr., Quartalsversammlung.
- Nehndorf. 29. März, 6 Uhr, in Wolf, öffentl. Versammlung.
- 29. März, bei Joseph Gaute, öffentliche Agitationsversammlung.
- Schiffel. 1. April, 8 Uhr, bei Frig Koch (fr. Bohlmann).
- Tudman (Baden). 5. April, öffentliche Versammlung.
- Berlautenheide. 29. März, 4 1/2 Uhr, bei Jaf. Rablen.
- Worm. 5. April, 7 Uhr, bei Joseph Kilders.
- Waldhauenen. 29. März, 6 Uhr, bei Wm. Joh. Bernarz.
- Warenboof. 29. März, 6 Uhr, bei Alois Heimann, Kartellversammlung.
- Wärfelsen. 5. April, 6 Uhr, bei Gerhard Nahlen (Sankt Jöbs).
- Bittan, Sachsen. 5. April, 5 Uhr, in der Eibauer Bierhalle.

M.-Gladbach-Hermges.

Konsum-Verein „Fortuna“, a. G. m. b. H. Sonntag, den 5. April, abends 6 Uhr, beim Wirten Wilhelm Gottschalk, Gaststätte, Generalversamm. Tagesordnung: 1. Halbjähriger Geschäftsbericht. 2. Einführung einer Sterbeunterstützung, 3. Neubau des Geschäftshauses, 4. Mittelungen. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber werden die Mitglieder mit ihren Frauen dringend eingeladen. Der Auffichtsrat: (M. 2.-). J. A.: Wiltz, Kassener.

VII. Bezirk (Bayern).

Adressenänderung. Vom 1. April ab lautet die Adresse: Augsburg, Rarmeliten-gasse E 1671. Peter Geier, Bezirksvorsitzender.

Bekanntmachung.

Forst (Kaufl.). Seit dem 15. März ist der Kollege Hermann Voigt aus Weida i. Th. als Geschäftsführer unserer Ortsgruppe tätig. Das Bureau befindet sich vom 1. April ab Jägerstraße 19, 2 Treppen. Alle Geschäfte sind dann dortselbst zu erledigen. Auch Zuschriften wollen man an Kollegen Hermann Voigt richten. Der Vorstand.

Literarisches.

Im Verlage des Bezirks-Kartells der christlichen Gewerkschaften zu Nachen ist soeben ein „Gewerkschaftliches und soziales Nachschlagebuch“ erschienen, welches in erster Linie der Arbeiterschaft des Nacher Industriebezirk gewidmet ist. Jedoch ist der Inhalt dieses Werkes so gehalten, daß es auch für die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft lesenswert ist. Das Handbuch ist 104 Seiten stark und broschiert. Es enthält in seinem ersten Teile: 1. einen Bericht des Bezirks-Kartells; 2. Berichte über die Entwicklung der christlichen Berufsverbände im Industriebezirk Nachen; 3. Soziales Adressenverzeichnis; 4. Allgemeines. Im zweiten Teile: Die wichtigsten Bestimmungen: 1. der Krankenversicherung; 2. der Alters- und Invalidenversicherung; 3. der Unfallversicherung; 4. des Gewerbegerichtesgesetz. Ferner einen Artikel über den Aufbau der Arbeitervertretung in der sozialen Bewegung und über Konsumvereine. Das Handbuch wird an die Mitglieder derjenigen Ortsgruppen, welche dem Bezirks-Kartell angeschlossen sind, zum Preise von 15 Pfg. pro Stück abgegeben. Für alle übrigen christlichen Arbeiter teile das Exemplar 25 Pfg. Porto extra. Bestellungen sind zu richten an Erwald Weber, Gewerkschaftssekretär, Nachen, Poststraße 68.